



Nun auch »People Power« in Südkorea?

Eineinhalb Jahre nach dem Sturz des philippinischen Präsidenten Ferdinand Marcos wankt in Ostasien ein weiterer Diktator. Niemals zuvor in seiner fast 40jährigen Geschichte erlebte das "Land der Morgenfrische", wie die Republik Korea sich selbst gern nennt, dermaßen gewaltige Demonstrationen und Protestmärsche wie im Juni/Juli. Allein am 9. Juli säumten 1-2 Millionen Menschen die Straßen der zehn Millionen Einwohner zählenden Metropole Seoul, um den Wochen zuvor von einer Tränengasgranate tödlich am Kopf getroffenen Studenten der renommierten Yonsei Universität, Lee Han Yol, das letzte Geleit zu geben. Abermals demonstrierte die Staatsmacht ihre Knüppel-aus-dem-Sack-Politik; das "demokratische Volksbegräbnis" für Lee geriet durch den martialischen Großaufzug der "riot police" zu einer Tränengasschlacht. Kurzzeitig gar gelang es Demonstranten, die auf dem Rathaus gehißten National- und Olympiaflaggen einzuholen bzw. auf halbmast zu setzen.

Im In- wie Ausland, vor allem unter den Funktionären des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), mehrten sich die Stimmen der Skeptiker, welche nach den vergangenen Rumpf-Olympiaden nunmehr auch die Wahl Seouls als Austragungsort der im nächsten Jahr stattfindenden XXIV. Olympischen Sommerspiele nicht länger mehr uneingeschränkt für glücklich hielten. Los Angeles und Berlin brachten sich als mögliche Alternativen ins Gespräch.

Das Kalkül des herrschenden Militärregimes unter dem Ex-General Chun Doo Hwan, gerade Olympia für einen gigantischen Propagandarummel zu nutzen, um sich der Welt als mustergültiges Wirtschaftswunder-Land mit politischer Stabilität und sozialer Harmonie zu präsentieren, war nicht aufgegangen.

Eine Verkettung innenpolitischer Prozesse hat seit Jahresbeginn zur Isolierung eines Regimes beigetragen, das sich auf den Trümmern

des Kwangju-Massakers (Mai 1980), wobei 2.000 Menschen niedergemetzelt worden waren, etablierte und seither unter latenten Legitimationsschwächen litt. Ein politisiertes städtisches Bürgertum, allzu lange eine verlässliche Stütze der Machthaber in Seoul, zeigte in den vergangenen Monaten zunehmend Sympathien für die vom außer- wie innerparlamentarischen Widerstand formulierten Forderungen nach Herstellung demokratischer Verhältnisse. Prismatisch hatte sich dieser Kampf für Demokratie in der 1986 ausgelösten Debatte um eine Verfassungsänderung gebrochen. Die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk, so der gemeinsame Nenner der Opposition, böte die Chance, eine wesentliche Machtprivilegier der Diktatur aufzubrechen; bislang wurde der Präsident durch ein ihm politisch genehmes Wahlmännergremium bestimmt.

Im Januar lenkte das Bekanntwerden der "Affäre Park Chong Chul" die Aufmerksamkeit auf eine beson-

ders von der außerparlamentarischen Opposition schon immer heftig kritisierte Praxis staatlichen Terrors - Folter. Um dem inhaftierten Studenten Park "Geständnisbeihilfe" zu leisten, hatten die Schergen der berüchtigten "Antikommunistischen Geheimpolizei" (Anti Communism Bureau) ihn der sogenannten "Wasserkur" unterzogen und ertränkt. Park war einer der 3.000 politischen Gefangenen (hauptsächlich Arbeiter und Studenten), von denen viele im Vorjahr festgenommen worden waren und einige bereits seit den 70er Jahren einsitzen. Als Haftgrund hatte das Regime in den allermeisten Fällen Verstöße gegen das "Nationale Sicherheits-Gesetz" angeführt, eine der juristischen Machtmittel, mit denen es sich auf der Grundlage seiner stramm antikommunistischen Staatsdoktrin immer wieder gegen Kritik abschottet. Innenminister Kim Jong Ho und zwei Polizeioffiziere mußten demissionieren.

Lähmendes Personengerangel innerhalb der erst kurz vor den letzten Wahlen zur Nationalversammlung im Februar 1985 gegründeten Neuen Demokratischen Partei Koreas (NKDP), die dabei immerhin 30% der Wählerstimmen auf sich vereinigte, nutzte Chun zu einer Offensive. Am 13. April erklärte er die Verfassungsdebatte kurzerhand für beendet. Sie sei, so begründete er seinen Schritt, "schädlich und (laufe) den nationalen Sicherheitsbelangen zuwider". Erst nach den Olympischen Spielen solle sie wieder aufgegriffen werden. Am 10. Juni schließlich bestimmte der Präsident seinen Generalkumpanen Roh Tae Woo zu seinem designierten Nachfolger, der im Februar 1988, nach Ablauf seiner Amtsperiode, ins Blaue Haus einziehen werde. Der 54jährige Bauernsohn Roh hatte einst gemeinsam mit Chun die Bank in der Koreanischen Militärademie gedrückt. Ihre Freundschaft war so langlebig und innig, daß Roh als Truppenkommandeur

einer an der Demarkationslinie entlang des 38. Breitengrades (der Grenze zu Nordkorea) stationierten Einheit Chun in den entscheidenden Putschtagen "raushaute". Damals hatte Roh sein Gewicht für Chun in die Waagschale geworfen und ihn durch die zügige Verlegung seines Truppenkontingents in die Hauptstadt unterstützt. Roh, ein Vier-Sterne-General, gab im Sommer 1981 seinen Armeeposten auf, um buchstäblich immer höher gelobt zu werden. Stationen seiner Karriere: Chef der Inneren Sicherheit, verantwortlicher Koordinator der Olympischen Spiele und Vorsitzender der regierenden Demokratischen Gerechtigkeitspartei (DJP).

Dieses Regime-Manöver, auf Dauer ein "Chun-Regime ohne Chun" zu installieren, brachte das Faß zum Überlaufen. Jetzt waren es nicht nur die Studenten und die breitgefächerte außerparlamentarische Opposition, die auf die Straße gingen und mit erhobenen Fäusten ein Ende der Militärdiktatur forderten.

President Chun.



YIN AND YANG

Kim Young Sam.

Die NKDP-Mehrheit, welche die Partei verlassen und sich just unter Kim Young Sam als Demokratische Wiedervereinigungspartei (RDP) konstituiert hatte, sah sich bei Strafe ihres Gesichtsverlustes, wenn nicht gar Untergangs, gezwungen, rasch zu reagieren und Profil zu zeigen. Sie tat dies, indem sie sich ebenfalls für die Beseitigung der Machthaber aussprach. Damit durchlebte der Widerstand einen Gesichts- und Generationenwechsel; nicht länger mehr ließ sich jener als "Störfeder vorwiegend jugendlicher, irregeleiteter und vom Norden gelenkter subversiver Kräfte" desavouieren. In die Phalanx der Protestzüge hatten sich Professoren, Lehrer, Geschäftsleute, Bankiers, Angestellte und die zahlreichen Angehörigen, Väter und Mütter der Erschossenen und Verhafteten geschoben. Und es war genau dieser 10. Juni, der den Auftakt der gewaltigen antidiktatorischen Kundgebungen markierte. Als organisatorische Klammer des außer- wie innerparlamentarischen Opposi-

tionsspektrums war Ende Mai die Nationale Koalition für eine demokratische Verfassung (NCDC) entstanden, die etliche der Aktionsstage plante und an ihnen mitwirkte. Allein zwischen dem 10.-26. Juni feuerten die "Ordnungshüter" laut Kwon Pok Kyong, dem Chef der Nationalpolizei, landesweit 351.200 Tränengasgranaten ab und nahmen (vorübergehend) 17.244 Personen fest!

Spätestens zu diesem Zeitpunkt ließ sich des Regimes bewährte Teile-und-herrsche-Taktik nicht problemlos fortsetzen. Zwischen Washington und Seoul tat sich eine Kluft auf, wie die Krise einzuschätzen und optimal zu lösen sei. Aber auch innerhalb des Regimes entbrannte diesbezüglich ein erbittertes Machtgerangel, von dem bislang allerdings nur Facetten sichtbar wurden. Indizien sprechen dafür, daß Chun auf dem Höhepunkt der "Juni-Ereignisse" den massiven Einsatz des Militärs, die Wiedereinführung des Kriegsrechts, gar die Kaltstellung von Rivalen im Herrschaftszentrum von Staat und

Partei erwog. Daß ein gleich Chun profilierter "Hardliner" wie der Direktor der "Agency for National Security Planning", Chang Se Dong, von der politischen Bildfläche verschwand, dürfte ein Ausdruck des internen Machtkampfes gewesen sein.

Was das Verhalten Washingtons betraf, so standen ihm unabhängig von bereits erlassenen Wirtschafts-sanktionen (Kontingentierung bestimmter südkoreanischer Exportprodukte) die in der Welt wohl einzigartige Befehlshoheit des kommandierenden Generals seiner gut 40.000 im Lande stationierten GIs über das Militär des "Gastgebers" durch den Ende der 70er Jahre geschaffenen sogenannten "Combined Forces Command" (CFC) als probates Druckmittel zur Verfügung. Außerdem gaben sich seit Juni mehrere US-Politiker und Militärplaner in Seoul buchstäblich die Klinke in die Hand. Unter ihnen befanden sich auch Personen mit einschlägigen Philippinen-Erfahrungen, die aus dem Abhalftern des Diktators Marcos (Februar 1986)

ihre Lehren gezogen hatten - nämlich sich notfalls rechtzeitig von einem langjährigen Verbündeten abzunabeln, der nicht mehr als unbedingter Garant amerikanischer Interessen gelten kann und aufgrund sich "bedrohlich" auswachsender gesellschaftlicher Antagonismen zur politischen Hypothek entwickelt. Gleichzeitig galt es, stärker als in der Vergangenheit nach moderaten Kräften innerhalb der (parlamentarischen) Opposition Ausschau zu halten und diese kalkulierbaren Kräfte möglichst mit kompromißfähigen, einer "weichen Linie" zuneigenden Elementen des Regimes als Gegengewicht zu einem sich radikalisierenden (außerparlamentarischen) Widerstandspotential zusammenzubringen.

Gaston Sigur, stellvertretender US-Außenminister für Ostasiatische und Pazifische Angelegenheiten, der sich kurz zuvor mit Erfolg für eine zunächst auf zwei Jahre befristete Finanzspritze in Höhe von 10 Mio. US\$ für den seit dem Weggang von Marcos und eines Teils seiner ihm bis zum bitteren Ende loyal ergebenen Generäle desolat darniederliegenden philippinischen (Militär)Geheimdienst eingesetzt hatte, landete als Reagans Emissär im Juni in der südkoreanischen Hauptstadt und konferierte dort gleichermaßen mit Repräsentanten des Regimes wie der (parlamentarischen) Opposition. Sein Fazit kurz vor dem Rückflug in die USA gab er in ungewöhnlich undiplomatischer Offenheit während einer Presseerklärung auf Seouls Kimpop-

Flughafen kund: "Unsere Haltung", so Sigur, "ist kristallklar. Wir sind gegen die Verhängung des Kriegsrechts oder den wie immer gearteten Einsatz der Streitkräfte in dieser Situation." In die gleiche Kerbe hieb wenige Tage später auch ein anderer "Philippinen-Veteran", Reagans Sonderbeauftragter für Asiatische Angelegenheiten im Na-

tionalen Sicherheitsrat, James A. Kelly. Zwischen dem Weißen Haus und dem State Department war folglich bemerkenswert rasch ein Konsens über die Demontage Chuns zustande gekommen. Deren Sprecher Marlin Fitzwater und Charles Redman klopften schließlich die Position ihrer jeweiligen Chefs fest und erklärten, kurz nachdem Roh Tae Woo am 29. Juni im "Geiste der nationalen Versöhnung" ("The Korea Times" vom 30.6.87) seine den Forderungen der Opposition (zumindest auf dem Papier) weit entgegenkommenden "8-Punkte-Erklärung" vorunterbreitet hatte, ein Rückfall hinter diese Erklärung sei undenkbar, da sie "einen sehr positiven und weitsichtigen Schritt (darstellt) und die notwendige Offenheit für Koreas Reformkurs (erkennen läßt)". ("The Korea Herald" vom 1.7.87) Rohs "8 Punkte" schließen u.a. immerhin ein: eine verfassungsmäßig abgesicherte Direktwahl des Präsidenten; die Wiederherstellung der Bürgerrechte für politische Dissidenten (einschließlich Kim Dae Jung); Auflockerung der Medienlandschaft; Garantien für die Selbstbestimmung in sämtlichen Bereichen der Gesellschaft, Schaffung eines Klimas, in dem Politik durch Dialog und Kompromißbereitschaft möglich ist, sowie die Sicherung eines angenehmen und glücklichen Lebens aller Bürger.

Der US-Unterstaatssekretär im State Department Edward Derwinski nannte den nach seiner Stippvisite in Seoul (ebenfalls im Juni) kolportierten Plan zur Schaffung einer Interimsregierung bis zu den Olympischen Spielen die "most consistently mentioned political formula". Eine solche Regierung könnte möglicherweise von einer Kombination aus Teilen des Regimes und der parlamentarischen Opposition oder exklusiv aus die-

ser gebildet werden. Am 10. Juli, einen Tag nach Bekanntgabe der 18. und bis dato größten (Teil-)Amnestie für politisch Verfolgte, trat Chun als DJP-Präsident zurück und ebnete den Weg für eine Kabinettsumbildung, um aus einer "überparteilichen Stellung", wie der "Korea Herald" ihn zitierte, "den Übergang zur Demokratie zu gewährleisten".

Im Gegensatz zu seinem Vorgänger Richard L. Walker ist der seit Oktober letzten Jahres in Seoul amtierende US-Botschafter James Lilley mit Rückendeckung durch Außenminister George Shultz initiativ geworden. Außer den beiden Kims, Kim Young Sam und Kim Dae Jung, pflegt Lilley gute Kontakte mit gemäßigt eingestuften Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, darunter auch Stephen Kardinal Kim Sou Hwan, dem Erzbischof von Seoul. Vor allem mit Kim Young Sam ließe sich eine neue, doch betont eliteorientierte Politik begründen, die sich wirtschaftlich und sozial kaum vom Chun-Regime abhebe.

Fazit: Im Sommer ging eine stark politisierte Bevölkerung gegen die Militärdiktatur des "ostasiatischen Frontstaates gegen den Kommunismus" (Reagan anlässlich seines Südkorea-Besuchs im Spätherbst 1983) auf die Barrikaden. Gelingt es sämtlichen oppositionellen Kräften nicht, ihren gewonnenen "Elan" beizubehalten, so dürften die Chancen eines wirklichen demokratischen Neubeginns auf der koreanischen Halbinsel kaum rosiger sein. Ein (modifiziertes) Seouler Regime könnte dann die im Sommer erlittene "Scharte" auf noch nicht absehbare Weise wegoperieren. Und: So lange bleibt die Gefahr der Neuauflage eines "Kwangju" nicht gebannt.

Rainer Wernig

Buchbesprechung

Dieter Boris u.a.(Hrsg.), **Schuldenkrise und Dritte Welt. Stimmen aus der Peripherie.** Köln (Pahl-Rugenstein) 1987, 239 S., 14.80 DM

Für 1986 wird das Ausmaß der Auslandsschulden der Entwicklungsländer von der Weltbank auf ca. 1010 Milliarden Dollar geschätzt. Seit 1970 hat sich diese Summe damit ungefähr verzehnfacht. Die durchschnittliche Schuldendienstbelastung der Entwicklungsländer im Verhältnis zu ihren Exporteinkommen betrug 1986 etwa 25%, für Lateinamerika sogar 40%. Die Kaufkraft der Rohstoffexporte hat sich zwischen 1950 und 1986 fast



halbiert. 1986 zahlten die Entwicklungsländer 129 Milliarden Dollar als Schuldendienst an die Industrieländer - ein Vielfaches der Entwicklungshilfe.

Das sind nur einige Beispiele aus der Fülle von Informationen, die im vorliegenden Buch schnell zu finden sind. In einer rund fünfzig Seiten umfassenden Einleitung gibt Dieter Boris einen fundierten und systematischen Überblick zu den verschiedensten Aspekten der sogenannten Verschuldungskrise in der Dritten Welt: die Dimensionen und die wichtigsten Erklärungen der Ursachen werden ebenso skizziert